



# Reden

30.09.2014

## Thema: Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften

**Florian Streibl (FW):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Anpassung des Verwaltungsverfahrensgesetzes an die Regelungen auf Bundesebene. Man könnte schon sagen, dass dies eine reine Formsache ist und man diese Debatte nicht bräuchte. Ich glaube, es ist wichtig, dass man darüber redet und eine Debatte führt; denn es handelt sich schon um ein sehr sensibles politisches Thema, nämlich um die Frage der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten. Das ist keine Nebensache, über die man schnell hinweggehen kann, sondern da geht es um ganz fundamentale Dinge. Da geht es letztlich auch darum, wie sich der Wirtschaftsstandort Bayern in Zukunft darstellt.

Von daher muss man dieses Thema genau anschauen. Wir sind der Meinung, dass dieser Gesetzesvorschlag letztlich zu kurz gesprungen ist. Er stellt zwar auf den ersten Blick eine Verbesserung dar, wenn man aber genauer hinschaut, wie es Kollege Schindler schon gesagt hat, ist es eine Mogelpackung, die im Grunde mehr Bürgerbeteiligung nur vorspiegelt, aber letztlich nicht wirklich bringt; denn es wird keine Verpflichtung normiert, sondern im Grunde sollen die zuständigen Behörden lediglich darauf hinwirken, dass eine Einbindung der Öffentlichkeit stattfindet. Das ist ein ganz großes Manko. Man muss die Öffentlichkeit wirklich einbinden. Das muss verpflichtend sein. Der Gesetzesentwurf darf nicht nur darauf abzielen, dass die Bürger über Ziele, Mittel und Auswirkungen von geplanten Projekten informiert werden, sondern es muss auch möglich sein, dass die Bürger Alternativen einbringen können, dass sie Alternativen vorschlagen können und in einen Dialog einbezogen werden; denn das heißt, den Bürger wirklich ernst zu nehmen und ihm nicht nur etwas vorzulegen, wovon er Kenntnis nehmen kann. Es ist Zeichen einer vermeintlich alternativlosen Politik, dass man das hinnehmen muss. Aber, meine Damen und Herren, eine Demokratie lebt nicht von Alternativlosigkeit, sondern sie lebt vom Dialog, vom Austausch der Meinungen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Die müssen in ein solches Verfahren einbezogen werden; denn ansonsten wird der Bürgerfrust immer größer. Der Bürger fühlt sich dann ohnmächtig gegenüber einer Administration. Von daher sind wir der Meinung, dass der Bürger mehr beteiligt werden muss. Der Weg des Gesetzentwurfs, Verfahren zu vereinfachen, läuft eher darauf hinaus, dass die Öffentlichkeit noch weniger beteiligt wird. Damit erweist man den Großprojekten, die vorangebracht werden sollen, einen Bärendienst, weil der Bürger sich letztlich nicht eingebunden, sondern sich eher hinters Licht geführt fühlt und dann eher geneigt ist, Projekte abzulehnen. Von daher sage ich, wir müssen ganz von vorne anfangen und überlegen, wie wir den Bürger wirklich einbeziehen können, wie wir ihn ermuntern können, eigene Vorschläge zu bringen, die er dann auch akzeptiert. Wir müssen überlegen, welche Auswirkungen die Vorhaben letztlich auf die Natur, aber auch auf den Bürger, auf die Gesellschaft generell haben. Da ist nach meiner Meinung etwas mehr Hirnschmalz erforderlich. Wir werden das Ganze kritisch beobachten, begleiten und diskutieren. Wir regen an, das Ganze zu überdenken, um letztlich nicht eine Bremse für die Weiterentwicklung in Bayern zu normieren, sondern etwas, wovon der Bürger und der Freistaat Bayern am Ende wirklich etwas haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)